

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (1991)
Heft: 1: Energiepolitik konkret!

Artikel: Berner Bär und Zürcher Löwe im Vergleich
Autor: Püntener, Toni W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586108>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Berner Bär und Zürcher Löwe im Vergleich

Nach dem Erfolg der Moratoriumsinitiative und des Energieartikels ist es jetzt quasi auch offiziell: Der Energieverbrauch muss reduziert werden. Nach all den verbalen Absichtserklärungen werden nun aber Taten erwartet. Bund und Kantone haben seit 1985 die Zuständigkeiten in der Energiepolitik geregelt. Energiepolitik wird danach vor allem in den Kantonen betrieben; der Bund erhält unterstützende Funktionen (Bundespolitik siehe Seite 4ff), beispielsweise durch die Typenprüfung von energieverbrauchenden Geräten. Einzig im überregionalen Personenverkehr und beim kombinierten Güterverkehr übernimmt der Bund eine führende Rolle.

Aber was treiben die Kantone? Eine energiepolitische Bestandsaufnahme der zwei bevölkerungsreichsten Kantone macht Toni W. Püntener, Ingenieur HTL, Energieberater der Stadt Zürich und Mitglied des SES-Ausschusses.

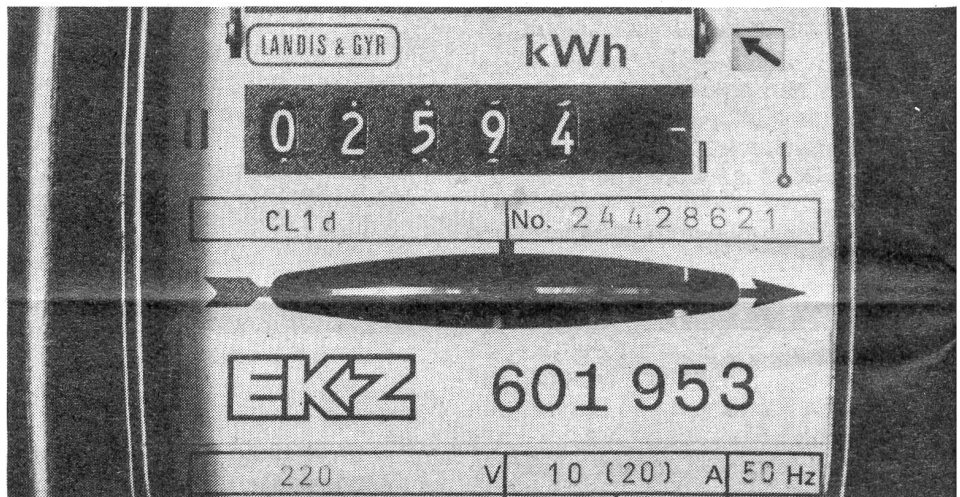
Die Schweizerische Gesamtenergiestatistik zeigt, dass durch Einsparungen an bestehenden Gebäuden der Mehrverbrauch der neuen Bauten gerade etwa kompensiert wird (siehe Abbildung – In der Periode 1973 bis 1989 erhöhte sich beispielsweise die Anzahl der Wohnungen um 30 Prozent.) Ein gewisser energiepolitischer Erfolg!

Ein Teil des Heizöls wurde dabei durch Erdgas substituiert. Der kräftige Anstieg des Treibstoffverbrauches sorgt dafür, dass heute mehr fossile Energieträger eingesetzt werden als je zuvor. Ziemlich beeinflusst von energiepolitischem

Wirken wächst der Elektrizitätsverbrauch.

Der Energieverbrauch der Schweiz ist gesamthaft gesehen immer noch im Steigen begriffen. Werden die Anforderungen zur CO₂-Reduktion, zur Verminderung der Luftschadstoffwerte oder für den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie mit den bisherigen Erfolgen der Energiepolitik verglichen, ist die Schlussfolgerung eindeutig: Es muss entschieden und schneller gehandelt werden!

Auch der Stromlieferant Berner Kraftwerke BKW soll in die kantonale Energiepolitik eingebunden werden: Für die leistungsgebundenen Energieträger werden Leistungsaufträge und Tarifgrundsätze verlangt. Bei der Elektrizität soll erreicht werden, dass das KKW Mühleberg nach Ablauf der Betriebsdauer nicht ersetzt werden muss. Der Kanton wird vermehrt Einfluss auf die Geschäftsführung der BKW nehmen. Nach einem juristischen Gutachten darf sich «die öffentliche Hand nicht durch (die



Kanton Bern: Aktiv und optimistisch

Bereits bisher wurde in Bern eine aktive Energiepolitik betrieben. Der Kanton Bern weist beispielsweise die grösste Solaranlagendichte auf. Das kommt nicht von ungefähr: Die ausbezahlten Subventionen wirken stimulierend auf die Förderung dieser umweltfreundlichen Energietechnik.

In 40 Leitsätzen wird ein energiepolitisches Aktionsprogramm formuliert: Im Wärmebereich werden die Anforderungen bei Neu- und Umbauten verschärft. Die bisher einseitig auf Wärme ausgerichtete Gesetzgebung wird auf die rationelle Elektrizitätsanwendung hin ergänzt.

von ihr selbst gewählte) privatrechtliche Form» des Energieversorgungsunternehmens «von der Verfolgung ihrer energiepolitischen Ziele abhalten lassen».

Aus- und Weiterbildung der Fachleute, Beratungsangebote, steuerliche Abzugsmöglichkeiten für energetische Massnahmen und die beispielgebende Wirkung der öffentlichen Gebäude runden die Massnahmenpalette ab. Einsicht und Freiwilligkeit der EnergieverbraucherInnen sind die tragenden Säulen der Energiepolitik.

Auf weitergehende Massnahmen, welche Sanierungspflichten und einen Zwang zur Sonnenenergienutzung beinhaltet hätten, wurde verzichtet. Hauptargument dabei ist

die fehlende Wirtschaftlichkeit, da immer noch von einer rein betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise ohne Einbezug externer Kosten ausgegangen wird.

Was wird die Energiepolitik des Kantons Bern bewirken?

Wird von einer Referenzentwicklung ohne Massnahmen ausgegangen, können bis zum Jahr 2025 15 Prozent Energie vor allem in den Bereichen Raumwärme/Warmwasser und Elektrizität eingespart werden. 15 Prozent beträgt jedoch genau der Mehrverbrauch gegenüber heute. Das heisst: Die Energiepolitik ermöglicht eine Stabilisierung des Energieverbrauches, mehr nicht! Dabei wurde der Verkehr nicht mitberücksichtigt. Wenn wir das tun, würden im Kanton Bern im Jahr 2000 sechs Prozent mehr CO₂ «produziert» als heute. Das ist eigentlich genau das Gegenteil von dem, was nötig ist, um wenigstens versuchsweise etwas gegen den Treibhauseffekt zu unternehmen.

Kanton Zürich: Solid und stromlos

Der Kanton Zürich gehörte bis jetzt nicht zu den Spitzenreitern in Sachen Massnahmen. Zumindest im Bereich Wärme will er jetzt aufholen:

Gute Arbeit wurde für einige Instrumente der Vollzugsunterstützung geleistet. Aufbauend auf der SIA-Empfehlung 380/1 «Energie im Hochbau» wurden energetische Anforderungen für Neu- und Umbauten festgelegt, die recht einfach an die technische Entwicklung angepasst werden können. Zur Förderung der rationellen Energienutzung und der erneuerbaren Energien geht der Kanton Zürich andere Wege als bisher. Es wird ein Anreizinstrument für weitergehende Energiesparmassnahmen geschaffen. Der Kanton schlägt vor, den InvestorInnen einen fiktiven Oelpreis von gegenwärtig 70 Franken pro 100 Kilogramm während 15 Jahren zu garantieren.

Finanziert werden diese Subventionen aus einer zweckgebundenen

Abgabe über die Gebäudeversicherung. Wärmedämmmassnahmen, die weit über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen, bestimmte energiesparende haustechnische Einrichtungen sowie Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien, sollen so gefördert werden. Solange Energieabgaben oder Oekobonus nicht in Sichtweite sind, dürfte dieses Subventionsmodell gut geeignet sein. Dieser Ansatz ist ausbaufähig: Externe Kosten könnten in den garantierten Energiepreis einbezogen werden. Dieses Modell soll jedoch nur für zehn Jahre gelten.

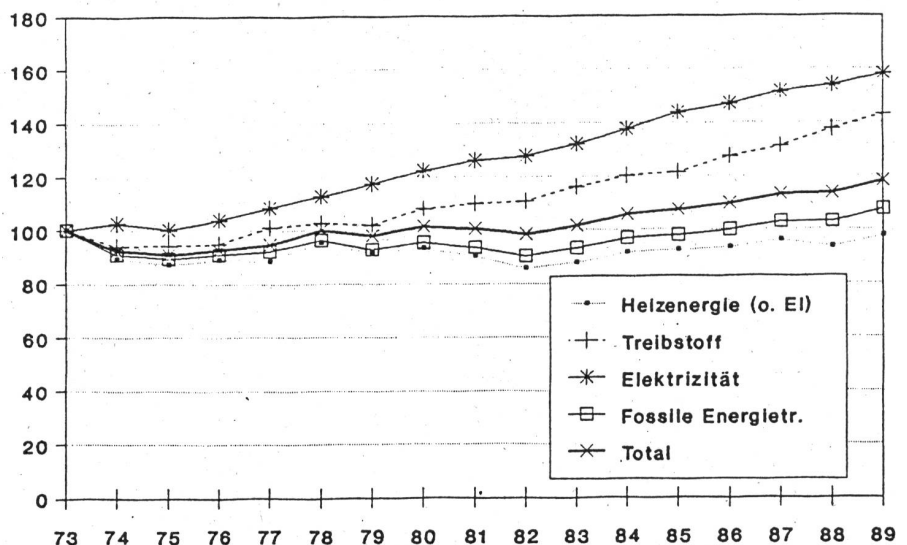
Wo bleiben Massnahmen im Elektrizitätsbereich?

So gründlich die Arbeit im Wärmebereich ist, so unzulänglich ist sie bei der Elektrizität! Zwar wird allenthalben betont, wie wichtig die rationelle Elektrizitätsnutzung sei. Dabei bleibt es aber. Es fehlen konkrete Hinweise, wie auch die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich EKZ auf Stromsparkurs gebracht werden sollen.

Obwohl für die Fertigstellung des Berichtes die Abstimmung vom 23. September 1990 abgewartet wurde, träumt der Zürcher Regierungsrat immer noch von der Atomenergie und wünscht sich atomare Fernwärme. Nicht mehr von Beznau zwar, wie vor Jahren, sondern neu von Leibstadt, obwohl in den Zürcher Ratsstuben realisiert wurde, dass das Zürcher Volk das Moratorium unterstützt und dass die Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher sogar für den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie sind.

Der Kanton Zürich will in Zukunft den Begriff Energieplanung weiter fassen und mit der Raumplanung in Zusammenhang bringen. Siedlungsstruktur, Siedlungsdichte, Umweltbelastung, Verkehr sind einige Stichworte dazu.

Der Energieplanungsbericht verzichtet auf die Ermittlung von Auswirkungen der kantonalen Energiepolitik auf den Energieverbrauch. Es ist jedoch nicht anzunehmen, dass die Energiepolitik des Kantons Zürich erfolgreicher ist als die des Kantons Bern.



Die Entwicklung des Endenergie-Verbrauches seit der Oelpreiskrise 1973: Zur besseren Vergleichbarkeit sind die zeitlichen Verlaufskurven in den verschiedenen Bereichen auf den Stand von 1973 indexiert (1973 = 100 Prozent). Quelle: Schweizerische Gesamtenergiestatistik